

Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Cemal Bozoglu (Die Grünen):

„Anlässlich der Verhaftung eines 45-jährigen mehrfach vorbestraften Rechtsextremisten im Mordfall Walter Lübcke und Presseberichten über mögliche Bezüge des Tatverdächtigen nach Bayern, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über den dringend tatverdächtigen Stephan E. vorliegen, ob der mögliche Täter über persönliche oder politische Kontakte nach Bayern verfügt und ob er bereits in der Vergangenheit von bayerischen Behörden im Zusammenhang mit rechtsextremen Aktivitäten registriert wurde?“

Staatsminister Joachim Herrmann antwortet:

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat am 17. Juni 2019 die ursprünglich bei der Staatsanwaltschaft Kassel geführten Ermittlungen gegen den Beschuldigten im Zusammenhang mit dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke an sich gezogen.

Die polizeilichen Ermittlungen werden nach wie vor beim Landeskriminalamt Hessen geführt, dieses wird durch das Bundeskriminalamt unterstützt. Derzeit dauert die Auswertung der beim Beschuldigten sichergestellten Datenträger und sonstigen Beweismittel noch an. Weitergehende Auskünfte können zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund der laufenden Ermittlungen nicht erteilt werden.

Der Generalbundesanwalt behält sich die laufende Berichterstattung vor.